



■ RELIGION

Caritas Präsident: Menschenrechte für alle

Für eine humanere Asyl- und Flüchtlingspolitik hat sich der Präsident von Caritas-Europa Erny Gillen am Dienstag in Innsbruck ausgesprochen. Die Menschenrechte müssten für alle gelten, so Erny.



Erny Gillen: "Keine Festungen bauen."

Flüchtlingswelle darf nicht Anlassfall werden

Die jüngste Flüchtlingswelle dürfe nicht dazu führen, dass die Fremdenangst weiter geschürt und die Asylpolitik in Europa zu einer reinen Politik der Abschottung werde: "Wir müssen damit aufhören, die Menschen die zu uns kommen, abzusondern. Wir müssen sie direkt mit den Menschen hier in Verbindung bringen. Die rechtsstaatlichen Grundprinzipien sollen nicht infrage gestellt werden, aber man muss diese Prinzipien nicht so schützen, dass man Festungen baut", so der Caritas-Europa-Präsident im ORF-Interview.

Erny Gillen war Gast bei einem, von Diözese, Theologischer Fakultät und Caritas gemeinsam veranstalteten Studientag zum Thema "Solidarität in Kirche und Gesellschaft".

Soziale Ausgrenzung verhindern

Die Europäische Union müsse die eigene Verfassung ernst nehmen und alles tun, um soziale Ausgrenzung zu verhindern: "Der Vertrag von Lissabon hält eindeutig fest, dass wir alles tun müssen, um Menschen in Not zu retten. Wenn das Schengener Abkommen in dem Sinne verbessert wird, dann haben wir einen Fortschritt erreicht. Sollte man die Gelegenheit nutzen, um das Schengen-Abkommen gegen den Sinn der Lissaboner Verträge umzuschreiben, dann sind wir in einer anderen Union."

Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der am 13. Dezember 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft in Lissabon unterzeichnet wurde und am 1. Dezember 2009 in Kraft trat. (Quelle: Wikipedia)

Es geht um die Zukunft Europas

Die Caritas-Europa werde sich jedenfalls weiter für eine humanere Flüchtlings- und Asylpolitik einsetzen. Denn bei dieser Frage, so Präsident Erny Gillen, gehe es nicht nur um den sozialen Frieden, sondern auch um die Zukunft Europas.